würde gegen besondere Vergütung auch den Organistendienst in der evangelischen Kirche zu übernehmen haben.

3. Für die deutsche Schule in **Kairo** ein **Mittelschullehrer** für Mathematik. Jahresgehalt 3500 M, steigend bis 5000 M, nebst zwei möblierten Zimmern. Reiseentschädigung 300 M. 24 Wochenstunden. Verpflichtung 3 Jahre.

4. Für die deutsche Schule in **Venedig** ein **Mittelschullehrer** mit Lehrbefähigung für Latein. Jahresgehalt 2700 Lire. Freie Hinreise und nach Ablauf der dreijährigen Verpflichtung freie Rückreise. Wöchentliche Stundenzahl 28.

Ferner wird zum 1. Januar 1909 gesucht:

5. für die deutsche Schule in São Bento, Staat Sta. Catharina, Brasilien, ein **Elementarlehrer**, der mit der Unterrichtsarbeit einklassiger Schulen wohlvertraut ist. Jahresgehalt 1 500 Milreis (etwa 1875 M) nebst freier Wohnung. Freie Hinreise nebst 300 M Reisezuschuß. Nach Ablauf der vierjährigen Verpflichtung freie Rückreise. Wöchentlich dreißig Schulstunden. Klima gesund. Lebensverhältnisse einfach.

Meldungen unverheirateter evangelischer Bewerber sind nebst Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Gesundheitszeugnis und Photographie baldigst zu richten an die Geschäftsstelle der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, Berlin, Wilhelmstr. 32, unter der Aufschrift: Deutsche Auslandsschule.

Hof- und Personalnachrichten.

* Von der **Nordlandreise Sr. Majestät des Kaisers** wird gemeldet:

Molde, 22. Juli. Es ist leider nur von **recht schlechtem Wetter** zu berichten. Das Wetter scheint sich aber aufzuklären. — **An Bord alles wohl.**

Se. Majestät der Kaiser hörte gestern in Molde an Bord der Jacht Hohenzollern die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Grafen v. Hülsen-Haeseler, des Chefs des Marinekabinetts, Vizeadmirals von Müller, des Vertreters des Auswärtigen Amtes, Gesandten v. Treutler und des Chefs des Generalstabs der Armee, Generals der Infanterie v. Moltke.

* Ihre Königliche Hoheit die Frau **Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen**, geborene Prinzessin Charlotte von Preußen, vollendet am 24. d. das 48. Lebensjahr.

* Der Großherzog und der Erbgroßherzog von **Mecklenburg-Strelitz** sind gestern abend, von Neu-Strelitz kommend, hier eingetroffen.

u. **Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg** hat sich von hier nach Wien begeben.

* Der Kölnischen Zeitung wird aus Berlin gemeldet: Die **liberianische Gesandtschaft** wurde heute in Begleitung des Geschäftsträgers von Liberia, Dinklage, im Auswärtigen Amte von **Staatssekretär v. Schoen** empfangen. Sie überreichte ein Schreiben des Präsidenten der Republik an den Deutschen Kaiser. In den nächsten Tagen werden im Auswärtigen Amte Besprechungen über kommerzielle Fragen stattfinden, an denen auch der zurzeit hier weilende Konsul in Monrovia, Freytag, teilnehmen wird.

u. **Fürst von Schönburg-Waldenburg** hat sich von hier nach Waldenburg zurückbegeben.

** Der preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, Wirklicher Geheimer Rat Dr. v. **Mühlberg**, hat einen ihm Allerhöchst bewilligten Urlaub angetreten. Während seiner Abwesenheit werden die Geschäfte der Gesandtschaft von dem Legationsrat Dr. **von Bergen** geführt.

u. Regierungspräsident v. **Valentini** ist aus Frankfurt a. O. hier eingetroffen.

* Der Kabinettsrat Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Kammerherr v. **Behr-Pinnow** ist vom Urlaub zurückgekehrt.

u. Der russische General **Gripenberg** ist aus Bad Nauheim hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

* Die Regierungsreferendare Dr. jur. Frhr. v. **Ziegesar** aus Potsdam und v. **Mechow** aus Merseburg haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

* Dem Regierungsassessor v. **Richter** in Schöneberg ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Weißenfels, Regierungsbezirk Merseburg, übertragen worden.

* Der Regierungsassessor Dr. **Kuhn** in Bochum ist dem Polizeipräsidium in Schöneberg zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

* Der neuernannte Regierungsassessor v. **Bertrab** aus Hannover ist dem Landrate des Landkreises Liegnitz zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugeteilt worden.

* Der neuernannte Regierungsassessor Frhr. **Löw von und zu Steinfurth** aus Hannover ist dem Landrate des Kreises Hadersleben zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugeteilt worden.

* Die Wahl des Direktors August **Strehlow** an der bisherigen Realschule in Altona zum Direktor der nunmehrigen Oberrealschule daselbst ist bestätigt worden.

* Der Regierungspräsident in Osnabrück v. **Barnekow** ist heute dort **gestorben**.

k. General der Infanterie v. **Beseler**, Chef des Ingenieur- und Pionierkorps, die Obersten: **Hoffmann**, Abteilungschef im Kriegsministerium, **Staabs**, Abteilungschef im Großen Generalstabe, **Klußmann**, Chef der Abteilung I der Artillerie-Prüfungskommission, die Oberstleutnants: v. **Moser**, **von Woyna** und **Grünert**, Militärlehrer an der Kriegsakademie, **Hildemann**, Chef des Stabes der Generalinspektion des Ingenieur- und Pionierkorps, Frhr. v. **Langermann**, Abteilungschef im Kriegsministerium, die Majore: **Rothardt**, Adjutant der Generalinspektion des Ingenieur- und Pionierkorps, v. **Winterfeldt** und v. **Eisenhardt-Rothe**, im Großen Generalstabe, **von Böckmann**, **Tappen**, v. **Loßberg** und v. **Raumer**, Militärlehrer an der Kriegsakademie, **Oschmann**, im Kriegsministerium, Graf und Edler Herr **zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld**, im Generalstabe der Garde-Kavalleriedivision, **Brohm**, Mitglied des Ingenieurkomitees, haben die Garnison verlassen.

k. Generalmajor Frhr. v. **Berg**, Kommandeur der 2. Garde-Infanteriebrigade, Oberstleutnant **Schwarte**, Abteilungschef im Großen Generalstabe, Oberstleutnant **Stolberg**, Chef der Abteilung II der Artillerieprüfungskommission, die Majore **von Fransecky** im Kriegsministerium, und v. **Poseck**, Adjutant der Generalinspektion der Kavallerie, sind in die Garnison zurückgekehrt.

k. Major z. D. Frhr. v. **Schimmelmann**, Kommandeur des Landwehrbezirks Sangerhausen, ist von Berlin abgereist.

* **Se. Majestät der Kaiser** sandte an die **Witwe** des verstorbenen **Generals** der Infanterie v. **Golz** folgende Depesche:

An dem Hinscheiden Ihres von Mir hochgeschätzten Mannes nehme Ich den wärmsten Anteil. Mit Mir gedenkt die Armee und vor allem das Ingenieur- und Pionierkorps in wehmütiger Trauer dieses hervorragenden, im Frieden wie Krieg treu bewährten Offiziers, der für unsere Landesverteidigung bahnbrechend wirkte. Die trefflichen Dienste, welche er Mir und dem Vaterlande leistete, werden unvergessen bleiben. **Wilhelm I. R.**

* Die **Beerdigung** des **Generals** der Infanterie v. **Golz**, à la suite des Ingenieur- und Pionierkorps, fand gestern nachmittag 6 Uhr, wie aus Homburg v. d. H. gemeldet wird, mit großen militärischen Ehren statt. Im **Auftrage Sr. Majestät des Kaisers** war der kommandierende General des 18. Armeekorps, Exzellenz v. **Eichhorn**, erschienen; ferner **Prinz Friedrich Karl von Hessen** und viele höhere Offiziere. Der Sarg wurde von acht Pionierunteroffizieren des Nassauischen Pionierbataillons Nr. 21 zur Gruft getragen.

Arbeiterbewegung.

* Am Dienstag wurde in der Stadtverordnetenversammlung von Solingen über Maßnahmen zur Steuerung der **Arbeitslosigkeit** unter der **Solinger Industriearbeiterschaft** beratschlagt. Wie mitgeteilt wurde, haben die beiden dort bestehenden Arbeitnehmerverbände von April bis Mitte Juli zusammen 45 000 M an Arbeitslosenunterstützungen gezahlt, und zwar der Solinger Industriearbeiterverband 18 000 M und der Metallarbeiterverband 27 000 M. Bei der städtischen Verwaltung haben sich in den letzten Tagen 70 nichtorganisierte Arbeitslose mit der Bitte um Beschäftigung gemeldet. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, als Notstandsarbeiten zwei Straßenausbauten bereitzustellen, und bewilligte dafür 20 000 M. Gleichzeitig wurde die Baukommission zur Vergebung weiterer Arbeiten ermächtigt, falls die Arbeitslosigkeit noch weiter zunehmen sollte.

Heer und Flotte.

** Laut Meldung eines Hamburger Blattes sollte sich die Reichsmarineverwaltung „mit der Absicht tragen", die **freie Einfahrt in deutsche Flußmündungen und Häfen** unter Umständen zu sperren. Vorsicht beim Ansteuern deutscher Küstengewässer sei deshalb für alle Handelsschiffe eventuell notwendig. — Diese Notiz betrifft den unter Umständen eintretenden **Aufsichtsdienst in den deutschen Flußmündungen** und ist der **Abdruck einer Bekanntmachung** für Schifffahrtskreise aus den Nachrichten für Seefahrer, wie solche von Zeit zu Zeit veröffentlicht wird, um Handelsschiffe bei Uebungen und Manövern der Marine auf bestehende Hindernisse der Schifffahrt aufmerksam zu machen.

* Ueber die von der **Heeresverwaltung** in Aussicht genommene **Prämiierung kriegsbrauchbarer Lastwagen** heißt es in der Schles. Ztg. ausführlicher:

Die Heeresverwaltung hat ein großes Interesse daran, für den Fall eines Krieges zur Sicherung des Nachschubs über eine möglichst große Zahl wirklich kriegsbrauchbarer Lastkraftwagen zu verfügen. Als einfachste Lösung für die Sicherstellung der genügenden Anzahl von Kraftwagen könnte der bereits im Frieden erfolgende Ankauf erscheinen. Dieses Verfahren hat aber, abgesehen von den großen Kosten, die Bedenken gegen sich, daß die angeschafften Wagen bald veralten, und daß bei der Mobilmachung keine genügende Zahl von mit den Fahrzeugen eingeübten Fahrern zur Hand sind. Das Streben der Heeresverwaltung geht deshalb dahin, die Einbürgerung von Lastkraftwagen in Privatbetrieben möglichst zu unterstützen, um im Kriegsfalle auf diese zurückgreifen zu können. Bisher hat die Verwendung von Lastkraftwagen, namentlich stärkerer Bauart, im Deutschen Reiche noch keinen großen Umfang gewinnen können. Die Statistik weist für den 1. Januar 1908 im Deutschen Reiche gegenüber 34 244 überwiegend zur Personenbeförderung dienenden Kraftfahrzeugen nur 1778 (das sind 4,9 pCt. des Gesamtbestandes) für die Lastenbeförderung nach. Unter letzteren Fahrzeugen befinden sich aber noch 235 Krafträder und 1243 Wagen mit unter 16 PS. Lastwagen mit 16 bis 40 PS. gab es am 1. Januar 1908 284 und solche mit 40 PS. nur 16. Die überwiegende Zahl der Lastkraftwagen, wie übrigens auch der Personenwagen, findet in städtischen Betrieben Verwendung, dürfte also großenteils für die Ueberwindung schwieriger Wegeverhältnisse, mit denen die Heeresverwaltung rechnen muß, nicht eingerichtet sein. In landwirtschaftlichen Betrieben aber gab es am 1. Januar im ganzen Deutschen Reiche nur neun Kraftwagen für Lastenbeförderung.

Nachdem nun im diesjährigen Etat größere Summen für die Beschaffung und Bereithaltung von Automobillastwagen der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt worden sind, hat diese besondere Grundsätze für die Unterstützung von in Privatbesitz befindlichen Kraftfahrzeugen aufgestellt. Danach sollen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Unternehmern und sonstigen Privatpersonen, die den militärischen Bedingungen entsprechende Kraftfahrzeuge in Betrieb nehmen und sich verpflichten, sie während mindestens fünf Jahren im kriegsbrauchbaren Zustande zu erhalten, folgende Prämien bewilligt werden: 1. **einmalige Beschaffungsprämie** für jeden Wagen (fällig nach endgültiger Abnahme des Wagens) 4000 M, 2. **Betriebsprämie** für jeden Wagen auf die Dauer von fünf Jahren (fällig am Ende jeden Betriebsjahres) etwa 1000 M, 3. **Betriebsstoffprämie** für Verwendung inländischer Betriebsstoffe in von der Heeresverwaltung zu bestimmender Höhe. — Die unter 1 und 2 genannten Summen beziehen sich auf 30 PS-Wagen; bei wesentlich stärkeren Wagen bleibt eine Erhöhung vorbehalten. Jeder Unternehmer (Fabrik, Betriebsunternehmer, Privatperson usw.), der Fahrzeuge in seinem Betrieb einstellen will, für die er einen Anspruch auf Unterstützung seitens der Heeresverwaltung erhebt, hat vor der Beschaffung einen entsprechenden Antrag an das Kriegsministerium einzureichen. Dieses entscheidet, ob eine Subvention stattfinden soll, und schließt sodann mit dem Antragsteller einen Vertrag ab. Die Gewährung weiterer Prämien für die Vervollkommnung der Bauart und andere Erfolge der Automobilindustrie, die den Absichten der Heeresverwaltung entgegenkommen, hat sich diese vorbehalten. Die Heeresverwaltung beabsichtigt, in erster Linie mit Fabriken und kapitalkräftigen Betriebsgesellschaften in Verhandlungen zu treten und empfiehlt etwa interessierten Privatpersonen, sich mit diesen in Verbindung zu setzen. Es können aber auch Privatpersonen die Wagen in eigenen Betrieb nehmen; Betriebe mit mindestens zwei Kraftfahrzeugen werden gegenüber solchen mit nur einem Fahrzeuge bevorzugt. Gegebenenfalls wird die Heeresverwaltung auch an Privatpersonen ihr gehörige Kraftlastwagen leihweise gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung stellen. — Die Entscheidung, ob ein Fahrzeug für kriegsbrauchbar anzusehen ist oder nicht, unterliegt ausschließlich der Beurteilung der Heeresverwaltung, die sich auch das Recht vorbehält, sich durch ihre Organe von dem kriegsbrauchbaren Zustande der Fahrzeuge jederzeit zu überzeugen. Ein Verkauf des Kraftwagens innerhalb Deutschlands ist während der ersten fünf Jahre nach der Einstellung in den Betrieb nur zulässig, wenn der Käufer die auf dem Wagen ruhende Verpflichtung der Heeresverwaltung gegenüber für sich als bindend anerkennt. Ein Verkauf in das Ausland ist unzulässig. Die in militärischer und technischer Hinsicht an die Wagen zu stellenden Anforderungen sind von der Heeresverwaltung im einzelnen festgelegt worden. Grundsätzlich müssen die Wagen im Inlande gebaut und bestimmte Typen aus solchen Fabriken sein, die der Heeresverwaltung auf Grund eigener Versuche für besonders geeignet bekannt sind; als Mindestsatz ist eine Stärke von 30 PS vorgesehen. Der Kraftwagen muß so eingerichtet sein, daß er noch einen Anhängerwagen mitbefördern kann, im übrigen sind Bestimmungen über das Gewicht der Wagen, die mindest zu verlangende Nutzlast, die Geschwindigkeit, Lenkbarkeit, Bremseinrichtungen u. dergl. getroffen.

-zn- **Rußland.** Durch Kaiserlichen Erlaß vom 19. Dezember 07 war dem Kriegsministerium die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Aufbesserung der Bezüge der Offiziere und Militärbeamten, die dringender Natur sind, aufgegeben worden. Dieser Gesetzentwurf liegt nunmehr vor. Die Verbesserung der Besoldung erstreckt sich zunächst auf die Offiziere vom Stabsoffizier abwärts, die sich nicht in selbständigen Stellungen in der Truppe und bei Stäben befinden, und die Militärbeamten gleicher Rangstufe. Umfang der Erhöhung steht noch nicht fest. Weiter werden erhöht die bisherigen unzureichenden Kommandozulagen für Aufenthalt in Uebungslagern und bei Manövern, sowie die Tagegelder bei Dienstreisen. Weiter sollen den Offizieren in Zukunft unentgeltlich Waffen, Ferngläser und Dienstvorschriften gegeben werden. Für neuernannte Offiziere sind auch Beihülfen zur Einrichtung der Wohnungen in Aussicht genommen. Dann wird eine Alterszulage, beginnend mit dem Monat, in dem der Offizier 3 Jahre im Dienstgrade ist, und zwar von 180 Rubel jährlich für Stabsoffiziere, 100 für Hauptleute und Subalternoffiziere, vorgeschlagen. Endlich will man den Offizieren Beihülfen für Beschlag, Behandlung und Reitzeug, sowie Pferdebeschaffung gewähren. Die Mehrkosten werden in dem Entwurf mit rund 22,5 Millionen Rubel angenommen.

-zn- **Zur Frage des Offiziersersatzes in Frankreich.** Durch die Zurückverweisung des Picquartschen Gesetzentwurfes über den Offiziersersatz, der durch die Verhältnisse, wie sie das Gesetz betreffend die zweijährige Dienstzeit geschaffen, als bedingt bezeichnet wird, an den Armeeausschuß der Kammer ist bei dem nahe bevorstehenden Schluß der Tagung des Parlaments einerseits, der Notwendigkeit einer Entscheidung über das Schicksal des ältesten Jahrgangs von St. Cyr und der polytechnischen Schule anderseits die Regierung in sehr heikle Lage geraten. Wenn man sich den Inhalt der Picquartschen Vorlage in großen Zügen vergegenwärtigt, so ging er von der Neuerung des Gesetzes vom 21. März 1905 aus, wonach jeder Offizieranwärter, der St. Cyr oder die polytechnische Schule besuchen wollte, nach Bestehen der Aufnahmeprüfung, aber vor Zulassung zum Unterricht an den Schulen selbst, ein Jahr aktive Dienstzeit als Gemeiner und Korporal oder auch Unteroffizier abzuleisten hat, während früher die Aufnahme in die genannten Schulen ohne vorherigen praktischen Dienst erfolgte. Die in diesem Jahre aktiver Dienstzeit gewonnene praktische Schulung soll nun, nach Ansicht der Begründung des Gesetzentwurfs, die sämtlichen Offizieranwärter befähigen, in einem Jahre in St. Cyr und für einen Teil auch an der polytechnischen Schule auf militärwissenschaftlichem Gebiete das zu lernen, was sie für die „erste Stufe der Bildung" brauchen. Nach 3—4 jähriger Dienstzeit als Offizier und mit reiferen praktischen Ansichten sollen sie dann in „Vervollkommnungsschulen", eine für jede Waffe, weiter gebildet werden, auch für die Truppenführung und die Ergebnisse ihrer Leistungen an diesen „Vervollkommnungsschulen" durch die Festsetzung des Leutnantspatents die Grundlage für ihre eigentliche militärische Laufbahn legen. Das Plenum der Kammer hat in der Herabsetzung des Besuchs von St. Cyr und erst recht der polytechnischen Schule auf ein Jahr — das Lehrprogramm für den abgekürzten Besuch der ersteren Schule ist schon 1907 bekannt gegeben worden — eine Gefahr für die militärwissenschaftliche Vorbildung der künftigen Offiziere gesehen und darum den Entwurf an den Armeeausschuß der Kammer zurückverwiesen, der zunächst, abgesehen von dem Lehrprogramm für St. Cyr und dem nur einjährigen Besuch der polytechnischen Schule, für die zukünftigen Artillerie- und Genieoffiziere den Entwurf des Kriegsministers zur Annahme empfohlen hatte. Sich selbst, aber auch den Kriegsminister desavouierend, hat nun der Armeeausschuß in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, aus dem Gesetzentwurf nur das herauszugreifen, was auf St. Cyr und die polytechnische Schule Bezug hat, und der Kammer den Ausweg zu empfehlen, die Zöglinge beider Schulen nach zweijährigem Besuch und Bestehen der Schlußprüfung zu Unterleutnants mit einem um ein Jahr vordatierten Patent zu befördern, aber ohne Gehaltsnachzahlung für dieses Jahr. Erscheint es möglich, daß die Kammer, wenn auch nicht mehr in dieser Tagung, diesem Beschlusse beitritt, so wird er in der Armee durchaus nicht durchweg Beifall finden, man wird ihm vielmehr mehrere Schattenseiten vorrechnen, nicht nur pekuniärer Art. Hier treffen wieder die Gegensätze des „verschiedenen Ursprungs" aufeinander, die wirklich zu beseitigen nur möglich wäre, wenn man die Vorbildung auf das Mindestmaß dessen heruntersetzte, was von den aus dem Unteroffizierstande hervorgehenden Offizieren erwartet werden darf; **also um den Preis einer Verminderung der Qualität des französischen Offizierkorps.** Die Tendenz des Kriegsministers, zur weiteren Demokratisierung und Republikanisierung des Offizierkorps dauernd die Zahl der aus dem Unteroffizierstande hervorgehenden Offiziere zu vermehren, so daß diese jetzt schon ⅔ der jährlichen Ernennungen zu Unterleutnants bei Infanterie und Kavallerie erreicht, findet hier doch ihre Grenze. Das Dilemma besteht darin, daß die Kammer die Erhaltung des heutigen Niveaus der militärwissenschaftlichen Vorbildung an St. Cyr und der polytechnischen Schule verlangt, was aber in nur einem Schuljahr nicht möglich ist, anderseits es Wege gibt, auf denen die Offizieranwärter müheloser, rascher und mit weniger Kosten und Risiko das Patent des Unterleutnants erreichen können. Freiwilliger Eintritt in die Armee ist mit 18 Jahren zulässig; nach 3 Jahren, davon 2 Jahre als Unteroffizier, können Leute mit einer guten Elementarschulbildung nach Bestehen der nicht gerade schwierigen Aufnahmeprüfungen in die für die Heranbildung der Unteroffiziere zu Offizieren bestimmten Schulen von St. Maixent, Saumur und Versailles gelangen, nach einjährigem Besuch, also mit 22 bis 23 Jahren Unterleutnants werden. Französische Fachblätter haben errechnet, daß z. B. 1903 von den am 1. April 1903 als Unterleutnants ausscheidenden 235 Schülern von St. Maixent 15 an Lebensalter weit jünger waren als 103 der im Oktober 1903 als Unterleutnants in die Armee getretenen 257 Zöglinge von St. Cyr und dabei vor diesen ein halbes Jahr Patentvorteil besaßen. Bei dem Aufnahmealter von 21 Jahren für St. Cyr, bei einem Jahr Dienst in der Truppe, dann 2 Schuljahren könnten St. Cyriens vor dem 24. Jahre den Dienstgrad des Unterleutnants nicht erreichen; sie kommen also mit dem ersten Patent in Bezug auf das Lebensalter sehr viel schlechter fort als manche der früheren Unteroffiziere, und es ist statistisch nachgewiesen, daß von den erst mit 24 Lebensjahren den Unterleutnant erreichenden Offizieren nur wenige es bis zum Brigadegeneral bringen. Bei gleichen Leistungen sind also auch die Aussichten für den Kulminationspunkt der Laufbahn für die St. Cyriens schlechter als für die hinreichend früh eingetretenen Offizieranwärter aus dem Unteroffizierstande. Die Folge muß sein, daß Meldungen für St. Cyr und die polytechnische Schule, also die Offiziere mit der heutigen Allgemeinbildung, abnehmen, und der Zudrang zu der müheloseren, besseren, auch schneller zur Offiziersbesoldung führenden Laufbahn durch das Unteroffizierkorps sich stark vermehrt. Das mag die Republikanisierung fördern, die Qualität des Offizierkorps aber muß sinken, und diesem Sinken hat sich die Kammer entgegengestellt. Ob mit Unrecht, mag man ermessen, wenn wir daran erinnern, daß die Begründung des Picquartschen Gesetzentwurfes selbst von dem „wissenschaftlicher gewordenen" Krieg spricht, und daß den Leuten aller Stände, die heute im französischen Heere dienen, gegenüber die Sicherstellung der Autorität des Offiziers fordert, daß er ein gründlich gebildeter Mann sei.

* S. M. S. **Viktoria Luise** ist am 21. Juli vor Teneriffa eingetroffen. — S. M. S. **Freya** ist am 22. Juli in Funchal (Madeira) eingetroffen und geht am 26. Juli nach Fayal (Azoren) in See. — S. M. S. **Deutschland** ist mit dem **Chef der Hochseeflotte** am 22. Juli in Funchal eingetroffen und geht am 24. Juli von dort wieder in See. — S. M. SS. **Scharnhorst, Gneisenau, Roon** und **Hamburg** sind am 22. Juli in Funchal eingetroffen und gehen am 2. August von dort wieder in See. — S. M. S. **Loreley** ist am 22. Juli in Noworossisk eingetroffen und am 23. Juli von dort nach Jalta abgegangen. — S. M. S. **Sperber** ist am 22. Juli in Hoetjisbay (Kapland) eingetroffen und am 23. Juli von dort nach Lüderitzbucht in See gegangen. — S. M. Flußkanonenboot **Vorwärts** ist am 22. Juli in Tschangscha (Höngkiang) eingetroffen und geht am 25. Juli von dort nach Hsiangtan ab. — Der Reichspostdampfer **Bürgermeister** ist mit dem **Ablösungstransport** für S. M. SS. **Bussard** und **Seeadler** am 23 Juli in Mombassa eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Tanga fortgesetzt. — S. M. S. **Kurfürst Friedrich Wilhelm** ist am 22. Juli in Kiel eingetroffen. — S. M. S. **Rhein** ist am 22. Juli von Travemünde nach Kiel gegangen. — S. M. S. **Grille** ist am 22. Juli von Pellworm nach Tönning gegangen.

Aus Berlin.

Donnerstag, 23. Juli.

ß. Das **Seminar für orientalische Sprachen** hat zurzeit 44 Lehrer und Lektoren und wird in diesem Sommerhalbjahr von 244 Personen besucht, gegen 202 im Vorjahre. Die Zahl der Seminaristen beträgt 220 (197), denen sich noch 24 Hospitanten und Hospitantinnen zugesellen. Neu ist die Einführung von drei chinesischen Lektorgehülfen. Unter den Seminaristen sind 6 Ausländer, davon ein chinesischer Gesandtschaftsattaché, der sich dem Französischen widmet. Viele Besucher sind Persönlichkeiten von Rang und Würden; ein Amtsrichter, ein Staatsanwalt, vier Hauptleute, ein Bergwerksdirektor. Bezirksamtmann Geo A. Schmidt, der seit Ostern der Suaheli-Klasse angehört, der Küster des Französischen Doms zu Berlin, Pierre Baudouin, der sich dem Französischen widmet. Insgesamt sind von den 220 Seminaristen 83 Angehörige der juristischen Fakultät, Referendare und Assessoren (42 Dragomanatsaspiranten), 40 Angehörige der philosophischen Fakultät, Lehrer und Gelehrte, 27 Kaufleute, Privatpersonen 2c., 10 Beamte der Reichspostverwaltung, 50 Offiziere, 1 Mediziner, 4 Theologen, 5 Techniker. Was die einzelnen Klassen anlangt, so stellt sich der Besuch folgendermaßen: Chinesisch 27, Japanisch 19, Arabisch 16, Amharisch 3, Aethiopisch 4, Persisch 10, Türkisch 15, Suaheli 47, Guzerati 1, Haussa 7, Fulbe 3, Ewe 3, Herero 6 Phonetik afrikanischer Sprachen 14, Ozeanisch 4, verschiedene europäische Sprachen 11, Englisch 90, Französisch 54, Neugriechisch 4, Rumänisch 4, Russisch 21, Spanisch 13, Realien 151.

* Zur Gewinnung eines geeigneten **Entwurfs für die äußere Ausstattung** des durch die Münznovelle vom 19. Mai 1908 geschaffenen **Fünfundzwanzigpfennigstücks** wird vom Staatssekretär des Reichsschatzamts ein **Wettbewerb für deutsche Künstler** ausgeschrieben. Für die Münze ist ein Durchmesser von 23 Millimeter geplant. Die Vorderseite soll die Zahl „25" in arabischer Schreibweise groß und deutlich mit dem Worte „Pfennig" daneben, darunter oder an der Seite als Wertangabe erkennen lassen, wobei auch eine seitliche Verschiebung der letzteren eintreten kann. Die übrigen gesetzlichen Geprägemerkmale sind folgende: die Inschrift „Deutsches Reich", die Jahreszahl der Ausprägung, der Reichsadler (in der heraldisch richtigen Form; außer der heraldischen kann noch eine andere Form der Darstellung des Reichsadlers vom Künstler vorgeschlagen werden), das Münzzeichen. Die sonstige Anbringung von Verzierungen (Blattzeichen oder anderem Bildwerke) wird dem Künstler überlassen. Wichtig ist die **leichte Unterscheidbarkeit** von dem Zehn-, Fünfzigpfennig- oder Einmarkstück. Verlangt wird ein Modell in Gips oder Wachs oder aus einem anderen geeigneten Stoffe in der Größe der Münze nebst einer entsprechenden Zeichnung oder Photographie. Die Entwürfe sind bis spätestens 1. Dezember 1908, Nachmittags 3 Uhr, bei dem Reichsschatzamt Wilhelmstr. 61, kostenfrei einzuliefern. Es werden drei Preise: 2000, 1500 und 1000 M ausgesetzt. Dem unter dem Vorsitz des Staatssekretärs stehenden Schiedsgericht gehören an die Herren Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Bode, Generaldirektor der Königlichen Museen, Prof. v. Falke, Direktor des Königlichen Kunstgewerbemuseums, Prof. Dr. Menadier, Direktor des Königlichen Münzkabinetts, Prof. Manzel und Prof. Tuaillon, Mitglieder der Königlichen Akademie der Künste. Die preisgekrönten Entwürfe gehen in das Verfügungsrecht des Reichs über.

* Das **Wintersemester** 1908/09 der **Tierärztlichen Hochschule**, Luisenstr. 56, beginnt am 15. Oktober. Die Immatrikulationen nehmen am 7. Oktober ihren Anfang und dauern bis zum 31. Oktober. Aufnahmebedingungen und Stundenplan werden auf Wunsch im Sekretariat der Hochschule abgegeben.

* Durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der **Oberinspektor** am Königlichen **Botanischen Garten zu Dahlem Ledien**, zum amtlichen **Sachverständigen in Reblausangelegenheiten** zur Vornahme von Besichtigungen und Abgabe von Erklärungen bei der Pflanzenausfuhr ernannt worden.

kb. Ein **internationales Tanzturnier** wurde gestern in der Philharmonie im Anschluß an die Neubegründung des Weltbundes für Tanzlehrer veranstaltet. Die Tanzlehrer aus aller Herren Ländern führten vor den Fachgenossen ihre Neuschöpfungen auf dem Gebiete der Tanzkunst vor. Bei allen Tanzdichtungen macht sich die Tendenz geltend, an die Stelle der bloßen Rundtänze Kombinationen von Menuett, Tirolienne und Walzer zu setzen. Die Amerikaner brachten als meistbeachtete Neuheit einen Varsovienne-Walzer. Der schottische Tanzmeister **Robertson** erntete reichen Beifall mit Highland fling und anderen schottischen Nationaltänzen. Von **Kaulin-Riga** ist die Hiawatha erfunden und **Crompton-London** brachte den Cecilien-Walzer. Den Löwenanteil an den Neuschöpfungen haben aber die Deutschen; da ist ein Blumen-Galopp von **Hofmann-Berlin**, ein Frühlingsboten-Walzer von **Knoll-Hamburg** neben einer ganzen Reihe von neuen Tänzen, die Direktor **Mürich** und andere Berliner gedichtet haben. In den Sälen, Gängen und selbst auf den Treppen sah man die Tanzlehrer und -Lehrerinnen eifrig bemüht, die neuen Pas einzuüben. Was hier im Kreise der Fachleute an neuen Tänzen gezeigt wurde, wandert nun in die Provinz und wird in der nächsten Saison die Ballsäle beherrschen. — Am Abend wurden auf der Bühne des großen Saales Gruppen- und Solotänze in historischen und Nationalkostümen unter den Klängen einer Militärkapelle vorgeführt.

s. u. h. Heute trat in der Philharmonie der **Weltbund der Tanzlehrer** zu seinem ersten Kongreß zusammen. Es hatten sich etwa 200 Delegierte, darunter viele Damen, eingefunden. — Knoll-Hamburg teilte mit, daß sich dem Weltbunde 17 Nationen angeschlossen hätten. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: Zum 1. Vorsitzenden wurde **Knoll-Hamburg** von der Genossenschaft Deutscher Tanzlehrer gewählt, zum Vizepräsidenten **Crompton-England**, zum 1. Schriftführer **Schaller-Altenburg** von der Akademie für Tanzlehrer, zum 2. **Kehl-Nordamerika**, zum 1. Schatzmeister **Givre-Paris**, zum 2. **Bugno-Oesterreich**, zum Archivar **Kopmann-Holland**. Der nächste Kongreß soll im nächsten Jahre entweder in Paris oder in London stattfinden. Darauf wurden eine Reihe von Vorträgen über die Tanzkunst gehalten. **Schmidt-Halberstadt** sprach über die Frage, wie dem Niedergange der Tanzkunst entgegen zu treten sei. Es sei zuzugeben, daß der Gesellschaftstanz nicht mehr auf der Höhe der Kunst stehe. Aber von einem direkten Niedergange sei nicht die Rede. Man befinde sich jetzt auf der Suche nach neuen Formen; dieses Suchen müsse unterstützt werden. Der Tanzmeister dürfe kein Einpauker, sondern Lehrer sein. Großen Schaden fügten dem Tanzlehrerstande die vielen ungeeigneten Elemente zu, die sittlich, wissenschaftlich oder in Bezug auf ihre Fähigkeiten nicht dazu passen. Diese Elemente müßten abgelehnt und ausgemerzt werden. Der Kampf gegen diese Elemente müsse ganz allgemein geführt werden, dann werde auch die Kunst wieder in höhere Bahnen einlenken. — **Givre-Paris** sprach über die Choreographie und ihre Entwicklung. Redner weist darauf hin, wie notwendig die Kenntnis der Choreographie sei, weil nur sie es ermögliche, die Figuren eines Tanzes festzulegen und anderen zu übermitteln. Es sei daher eine obligatorische Prüfung in der Choreographie der Tanzlehrer zu fordern.

* **Zwei neue Sonnenfleckengruppen** von gewaltiger Ausdehnung sind am 21. d. am Ostrande der Sonne auf der **Treptow-Sternwarte** beobachtet worden, so daß jetzt im ganzen 5 große Fleckengruppen an verschiedenen Stellen der Sonnenoberfläche zu sehen sind. Da jede Gruppe wieder aus einer großen Zahl von kleinen Kernflecken besteht, so erinnert dieses Bild an die Zeit der größten Sonnenfleckentätigkeit, obgleich schon seitdem drei Jahre verflossen sind. Die **Treptow-Sternwarte** wird, um auch die Beobachtung bei hohem Stande der Sonne zu ermöglichen, am Freitag und Sonnabend statt um 2 Uhr Nachmittags, ausnahmsweise schon um 10 Uhr Morgens für das Publikum geöffnet werden.

tr. Bei der **„einsamen Pappel"** auf der Ostseite des **Tempelhofer Feldes** machen sich die Spuren des Alters recht deutlich bemerkbar. Die Laubkrone des Baumes lichtet sich immer mehr, und zahlreiche dürre, kahle Aeste ragen neben den belaubten auf allen Seiten empor. Die Pappel, deren Stamm am unteren Teile einen Umfang von mehr als 2 Meter hat, ist sehr alt, doch läßt sich genau das Alter nicht angeben. Um den Baum vor Beschädigungen zu schützen, hat man ihn in den dauernd abgesperrten Teil des Paradefeldes hineinbezogen und zum Schutze gegen die Raupen den unteren Teil des Stammes mit einem breiten Ringe von Teerpappe umgeben. Der Baum hat insofern eine historische Bedeutung, als vor ihm bei allen Paraden der Garde der oberste Kriegsherr mit seiner Suite hält und die Truppen an sich vorbeidefilieren läßt.

* Wie es scheint, soll beim Teupitzer See (südlich von Mittelwalde) ein **neuer Truppenübungsplatz** entstehen. Der mv.-Berichterstatter teilt nämlich mit, die Militärverwaltung habe sich ein 2000 Morgen großes Gelände bei **Egsdorf** am Teupitzer See gesichert. Der Kaufpreis betrage rund eine Million Mark und verteile sich auf 26 Besitzer. Das Gelände sei vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags erworben worden und solle zum April 1910 gerichtlich aufgelassen werden.

w. **200 neue Terrain- und Baugesellschaften** wurden in den ersten 5 Monaten d. J. als G. m. b. H. oder Aktiengesellschaften in das Berliner Register neu eingetragen. Diese Gesellschaften beschränken natürlich ihre Tätigkeit nicht auf Berlin, wohl aber haben sie hier ihren Sitz. Teils werden sie gegründet, um Terrains aufzuschließen, teils auch, um die Wertzuwachssteuer, Gerichtskosten 2c. zu ersparen.

* In der Berliner **Wäscheindustrie** laufen die bestehenden Tarife am 30. September ab und sind von den Arbeitgebern gekündigt worden; es haben daher im Gewerbegerichtsgebäude Beratungen zwischen Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeiter stattgefunden, um über die neuen Tarife zu verhandeln, welche erstere (es sind 36 Fabrikanten) auf 5 Jahre abschließen wollen. Wie der Vorwärts mitteilt, erklärte der Vertreter der Fabrikanten: „Wir wollen versuchen, bei unseren Auftraggebern durchzusetzen, daß die alten Tarifsätze bestehen bleiben, wenn die Verträge auf 5 Jahre verlängert werden; dagegen sollen die Löhne überall „revidiert" werden, wo Aenderungen in der Produktion durch maschinelle Hülfskräfte oder neue Formen und Muster vorkommen." Die Arbeitervertreter dagegen erklärten, daß man unmöglich einer Verlängerung auf 5 Jahre für Tarife, die noch ganz ungewiß und unbestimmt seien, zustimmen könne. Für die Unternehmer liege die Sache so, daß sie auf 5 Jahre gegen jede Lohnerhöhung und neue Forderungen der Arbeiter sich sichern wollten, die Nachteile daraus würden nur die Arbeiter treffen. Die Arbeitervertreter regten eine prozentuale Erhöhung der Löhne, die Freigabe der Zutaten bei der Näherei und die Ausdehnung der Tarife auf die Heimarbeiter an. Eine Erhöhung der Löhne wie auch eine Freigabe von Zutaten wurde von den Fabrikanten abgelehnt; in

das neue Werftgelände und seine Einteilung gar manches Hochinteressante und Charakteristische für Fachmann und Laien bietet, so auch der spätere Betrieb, über den naturgemäß noch keine Angaben zu machen sind. Nur eines ganz kleinen, in weiteren Kreisen noch ziemlich unbekannten Dinges, dessen unbedingte Wichtigkeit trotz seines kleinen Umfanges gar nicht zu verkennen ist, mag in wenigen Worten gedacht werden. Es ist dies ein kleiner, ganz flacher Schlüssel von nur 5 Zentim. Länge und 10 Gramm Gewicht, der nach seinem Erfinder, dem vom Portraitmaler zum Feinmechaniker umgesattelten Amerikaner Linus Jale, den Namen **Jale-Schlüssel** erhielt. Einem solchen wird hier im Betrieb der Hamburger Filiale des Vulcan die Aufgabe zufallen, 1088 Varietäten von Schlössern zu öffnen oder zu sperren. Notabene, falls er, der winzig Kleine, als „Generalgroßhauptschlüssel" fungiert und nicht etwa nur den Posten eines Hauptschlüssels inne hat, der den Ingenieuren die nur einige Hunderte von Schloßvarietäten umfassenden Gruppen von Schließvorrichtungen in den ihnen unterstellten Einzelbetrieben öffnet und schließt.

Die sehr flott voranschreitenden, unter einem großen Stab von Ingenieuren und Bauleitern ausgeführten Arbeiten bevölkern tagtäglich den weiten Platz, auf dem es faucht und prustet, stöhnt und ächzt wie auf einer großen Werkstätte mit einem Heer von Erdarbeitern und Handwerkern aller Art. Ihr Transport zur Arbeitsstätte, auf der gemäß dem Wohnungsverbot für den Freihafen keine Leute außer dem allernotwendigsten Aufsichtspersonal wohnen dürfen, geschieht durch Hafendampfer, deren Fahrten ab und an durch dichten Nebel oder starken Eisgang verhindert werden. Dann heißt es, den fast 1½ Stunde langen Umweg über die Veddeler Elbbrücke zu Fuß machen. Ein Uebelstand, der nach Eröffnung des im Bau begriffenen, das Nord- und Südufer verbindenden Elbtunnels in Wegfall kommt, weil durch ihn ein direkter, von den Unbilden der Witterung unabhängiger Weg von den Landungsbrücken zum entgegengesetzten Ufer geschaffen wird.

A. Sussmann-Ludwig.